



Klaus Mindrup
Andreas Rimkus
Bernd Westphal
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Presseinformation

*Bernd Westphal & Klaus Mindrup, Vorsitzende der Begleitgruppe Klimaschutz;
Andreas Rimkus, zuständiger Berichterstatter:*

Mit Erneuerbarem Wasserstoff und sauberer Energie die nachhaltige und erfolgreiche Transformation der Wirtschaft vorantreiben

Berlin, 13.05.2020

Klaus Mindrup, MdB

Telefon: +49 30 227 - 75116
Klaus.mindrup@bundestag.de

Andreas Rimkus MdB

Telefon: +49 30 227 - 78180
andreas.rimkus@bundestag.de

Bernd Westphal, MdB

Telefon: +49 30 227 - 79115
bernd.westphal@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 12.05.2020 ihre Eckpunkte für eine nachhaltige Wasserstoffstrategie beschlossen und setzt damit ambitionierte Maßstäbe für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, die dem Klima, der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern dient.

Mit den gestern Abend beschlossenen Eckpunkten setzt die SPD-Bundestagsfraktion den Rahmen für eine Wasserstoffwirtschaft, die in Verbindung mit einem ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien einen Beitrag für die nachhaltige Transformation in allen Sektoren leisten kann und zugleich starke Impulse für nationale Wertschöpfung sendet. Sie beschreiben damit die Grundlage, um einen schnellen Markthochlauf zu ermöglichen und eine technologische und ökonomische Vorreiterrolle einzunehmen.

Schon bis 2030 wird Wasserstoff eine entscheidende Rolle im deutschen und europäischen Energie- und Wirtschaftssystem einnehmen. Daraus ergibt sich nicht nur erhebliches Potenzial für effektiven Klimaschutz, sondern auch für die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise und zur Stärkung der Konjunktur. Zusätzlich zum Ausbau der Erneuerbaren Energien können in der Wasserstoffwirtschaft gänzlich neue industrielle Wertschöpfungsketten entstehen, die zudem zahlreiche neue Arbeitsplätze mit sich bringen. Dazu erklärt Andreas Rimkus, zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion:

"Der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft ist ein sozialdemokratisches Projekt erster Güte, und zugleich eine der wichtigsten Perspektiven für nachhaltige und effektive Energie- und Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa.



Hier bietet sich die Chance, Klimaschutz, ökonomischen Erfolg und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden - das wird in Krisenzeiten besonders wichtig."

Um diese Entwicklung schnell voranzutreiben, soll bis 2030 der Aufbau von Elektrolyseleistung im Umfang von mindestens 10 Gigawatt für die nationale Produktion von erneuerbarem Wasserstoff gefördert werden. Dazu kommt der Import von Wasserstoff. Damit können etwa Brennstoffzellenfahrzeuge auf Straße und Schiene, Brennstoffzellenheizungen im Gebäudebereich oder Industrieprozesse, wie beispielsweise die Stahlproduktion mit Erneuerbarer Energie versorgt werden. Darüber hinaus können aus dem Wasserstoff hergestellte synthetische Brenn- und Kraftstoffe auch im Bestand von Fahrzeugen, Flugzeugen und Heizsystemen eingesetzt werden, die bisher fossil betrieben werden. Dazu erklärt Bernd Westphal, Vorsitzender der Begleitgruppe Klimaschutz der SPD-Bundestagsfraktion:

„Wir müssen Marktführer in Europa bei der Produktion von grünem Wasserstoff werden. Wir sollten den Stein ruhig ein bisschen weiter ins Wasser werfen und mit mutiger Politik den Hochlauf organisieren. Das bringt die notwendigen Skaleneffekte beim Preis und der technischen Effizienz. Elektrolyse-Kapazitäten von fünf Gigawatt reichen da nicht aus. Da zahlreiche Branchen wie z. B. die Stahl- und Chemieindustrie auf wasserstoff- und strombasierte Produktion umstellen wollen, ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien Voraussetzung zum Erhalt des Industriestandortes Deutschland.“

Um den zusätzlichen Strombedarf für die Wasserstoffproduktion zu decken, muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien zudem deutlich forciert, kontinuierlich überprüft und entsprechend angepasst werden. Er ist und bleibt das Fundament einer erfolgreichen, nachhaltigen und sozialverträglichen Energiewende.

Der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft muss dabei immer auch europäisch und international gedacht und koordiniert werden. Die europäische und die deutsche Wasserstoffwirtschaft müssen Hand in Hand gehen. Gemeinsame europäische Großprojekte sollen im Verbund mit den anderen Mitgliedstaaten konzipiert und gefördert werden. Deutschland wird im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft diesen Prozess vorantreiben und auf eine enge Verzahnung mit dem Europäischen Social Green Deal hinarbeiten. Auch die weitere Forschung und Entwicklung soll sowohl national als auch europäisch koordiniert und gefördert werden, um die Technologie voranzubringen und ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Dazu Klaus Mindrup, Vorsitzender der Begleitgruppe Klimaschutz der SPD-Bundestagsfraktion:

„Wir gehen beim Ausbau der Wasserstoffwirtschaft mit den europäischen Partnern Hand in Hand, wie es Frans Timmermans in Brüssel auch vorgeschlagen hat. War die Europäische Union früher die Union von Kohle und Stahl, wird sie nun die Union von Erneuerbaren und Wasserstoff.“